



Antwort des Staatsrats auf einen parlamentarischen Vorstoss

Postulat 2026-GC-64

Schluss mit der Abhängigkeit von Microsoft! (Für die digitale Souveränität des Kantons Freiburg)

Urheber/in:	Wickramasingam Kirthana / Vial Pierre
Anzahl Mitunterzeichner/innen:	0
Einreichung:	16.03.2026
Begründung:	---
Überweisung an den Staatsrat:	16.03.2026
Antwort des Staatsrats:	22.09.2026

I. Zusammenfassung des Postulats

Mit einem am 16. März 2026 eingereichten und begründeten Postulat stellen Grossrätin Kirthana Wickramasingam und Grossrat Pierre Vial fest, dass sich der Staat Freiburg für einen weitgehenden Einsatz der Bürosoftware-Suite Microsoft Office 365 entschieden hat. Sie sind der Ansicht, dass die flächendeckende Nutzung dieser von einem ausländischen Unternehmen entwickelten und betriebenen Office-Suite in Bezug auf Datenschutz, digitale Souveränität, technologische Abhängigkeit und Marktzugang in mehrfacher Hinsicht äusserst problematisch ist.

Das Postulat fordert den Staatsrat auf:

1. die rechtlichen, finanziellen und organisatorischen Auswirkungen der derzeitigen Nutzung von Office 365 in den Schulen, der Kantonsverwaltung und im Parlament zu prüfen, insbesondere im Hinblick auf den Datenschutz und die digitale Souveränität;
2. alternative Lösungen zu prüfen, insbesondere solche, die Garantien für Datenschutz und Souveränität bieten und lokal oder in der Schweiz gehostet werden;
3. einen mittelfristigen Aktionsplan zur Umsetzung dieser Lösungen in Schulen, Verwaltungsstellen und politischen Gremien vorzuschlagen.

II. Antwort des Staatsrats:

Der Staatsrat teilt die Bedenken der Verfasserin und des Verfassers des Postulats hinsichtlich der digitalen Souveränität, des Datenschutzes und der technologischen Abhängigkeit. Die weit verbreitete Nutzung digitaler Lösungen grosser internationaler Anbieter, insbesondere von Microsoft, wirft berechnete Fragen auf, die der Staatsrat in seiner Strategie zur Governance der Informationssysteme berücksichtigt.

Für den Einsatz von Microsoft 365 sind jedoch mehrere Faktoren ausschlaggebend: die funktionale Vielfalt, das hohe Mass an Integration und Sicherheit, die technologische Reife sowie die sehr grosse Verbreitung sowohl in öffentlichen Verwaltungen als auch in privaten Unternehmen und

Bildungseinrichtungen. Diese Punkte tragen zur Gewährleistung der Betriebsabläufe, der Interoperabilität und der Produktivität der Mitarbeitenden des Staates bei.

Der Staatsrat beschliesst, in Anwendung vom Artikel 64 des Grossratsgesetzes dem Postulat direkt Folge zu leisten. Er beantragt Ihnen, das Postulat anzunehmen und vom Bericht im Anhang mit folgendem Fazit Kenntnis zu nehmen:

Der Staatsrat setzt auf einen pragmatischen und massvollen Ansatz, der darin besteht, die Herausforderungen der technologischen Abhängigkeiten, des Datenschutzes und der digitalen Souveränität weiterhin immer im Blick zu behalten. Dazu will er:

- > die Entwicklung des Marktes und alternativer Lösungen verfolgen;
- > dort, wo es zweckmässig ist, dem spezifischem Bedarf entsprechende diversifizierte, alternative oder ergänzende Lösungen nutzen;
- > in Abstimmung mit den Arbeiten auf Bundes- und interkantonaler Ebene die Abhängigkeiten von kritischen digitalen Lösungen weiter vertieft analysieren, um realistische und wirtschaftlich tragfähige Szenarien für Diversifizierung und Reversibilität zu identifizieren;
- > die aktive Mitwirkung des Kantons Freiburg bei den Initiativen im Rahmen der Digitalen Verwaltung Schweiz (DVS), der Conférence latine des directeurs du numérique (CLDN) und der Groupe numérique des cantons latins (GNCL) fortsetzen.

Im Rahmen der bereits eingeleiteten Schritte wird der Staatsrat den innovativen Ansätzen für mehr Datenhoheit, bessere Governance und Kontrolle der Daten in öffentlichen, privaten oder hybriden Cloud-Umgebungen besondere Aufmerksamkeit schenken.

Anhang

—

[Bericht 2026-DFIN-22 vom 22. September 2026 zum Postulat 2026-GC-64](#)